



050072

Wortgefecht um Investitionen in den Denkplatz Schweiz

(H. W.) Die Notwendigkeit einer Bildungs- und Forschungsoffensive blieb gestern im Nationalrat unbestritten. Das erstaunt nicht, haben doch alle Parteien den Slogan «lebenslanges Lernen» auf ihre Wahlfahnen geschrieben. Um das Thema doch noch für den Wahlkampf etwas aufzukochen, lieferten sich am Rande der Debatte der freisinnige Solothurner Peter Kofmel und die Zürcher Sozialdemokratin Vreni Müller-Hemmi ein Wortgefecht.

Mit nicht weniger als 6,8 Milliarden Franken soll die Hochschulpolitik bis Ende 2003 gefördert werden. Dies schlägt der Bundesrat vor, und die Volkammer wird diese Summe heute Donnerstag auch absegnen. Gefeilscht wird zuvor allerdings darum, ob der stattliche Betrag ausreicht oder ob die Investitionen in den Denkplatz Schweiz noch etwas mehr kosten dürfen; nämlich zusätzliche 360 Millionen, wie dies die SP wünscht.

Unter Druck setzen

Mit Ausdrücken wie «unverantwortbarer Raubzug auf die Bundeskasse», «Anbiederung» und «billiger Wahlschlager» kanzelt Kofmel die Begehrlichkeiten von Hemmi ab. Die SP wolle weitere 185 Millionen dem Nationalfonds und den Akademien nachschieben, obwohl diese per Brief an die vorbereitende Kommission nur 30 Millionen anbegehrten. Zusätzliche 140 Millionen

sollten die Universitätskantone erhalten, obwohl Staatssekretär Charles Kleiber dargelegt habe, diese verfügten über ausreichend Mittel und benötigten «nicht primär mehr Geld, sondern den Willen, sich den künftigen Herausforderungen zu stellen». Dies sei mit einem «leichten Budgetdruck» zu forcieren.

In junge Köpfe investieren

Vreni Müller-Hemmi spricht von einer «Sparvorlage», von einer bildungspolitisch kurzsichtigen Übung. «Mit

schönen FDP-Worten lassen sich die Fakten nicht vom Tisch wischen», kontert sie Kofmel. Die Kredite würden erst ab dem Jahre 2002 «bescheiden erhöht», was den internationalen Tendenzen widerspreche. Grossbritannien und die USA hätten bereits ihre Investitionen in die Bildung und Forschung massiv erhöht. Angesichts dieser Tatsache und mit Blick auf die steigenden Studentenzahlen «ist die fortgesetzte Bremspolitik unverantwortlich und auch nicht mit Massnahmen des New Public Management, Virtuellem Campus Schweiz und interuniversitärem Wettbewerb zu kompensieren», argumentiert Müller-Hemmi. Die von Kofmel kritisierten Beträge seien zusammen mit den ebenfalls notwendigen 35 Millionen für das Sonderereignis der doppelten Maturajahrgänge dringend notwendig. «Wir wollen 360 Millionen mehr in junge Köpfe investieren», sagt die SP-Vertreterin.

